



Erzbistum Hamburg
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Geschäftsbericht 2007

Sitz des Erzbistums Hamburg
Danziger Straße 52 a
20099 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Generalvikars

Wichtige Kennzahlen im Überblick

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Lagebericht

- Geschäftsverlauf

- Erlöse

- Aufwendungen

- Jahresergebnis

- Eigenkapital

- Risiken der künftigen Entwicklung

- Ausblick

Risikobericht

- Finanzierungsrisiko

- Operationelles Risiko

- Forderungsrisiko

- Verbindlichkeitsrisiko

- Außerbilanzielle Risiken

Prognosebericht

Organe der Vermögensverwaltung

Anhang – Kirchensteuerentwicklung seit 1995

Vorwort des Generalvikars

Sehr geehrte Damen und Herren,

die wirtschaftliche Situation Deutschlands war in den letzten 2 Jahren gekennzeichnet von einem durch einen starken Export und hohe Ausrüstungsinvestitionen getragenen wirtschaftlichen Aufschwung, der auch durch die im Juli 2007 beginnende Finanzkrise ausgehend aus dem Platzen der Immobilienblase in den USA, aber auch in England und Spanien noch nicht beeinträchtigt wurde. Auswirkungen der Finanzkrise zeigten sich in Deutschland verstärkt erst ab dem 2. Quartal 2008. Der wirtschaftliche Aufschwung führte zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahlen um über 2,7 Mio. Erwerbstätige in Deutschland in 2007 und zu einer Aufgabe der Lohnzurückhaltung bei den Tarifparteien. Die durch den wirtschaftlichen Aufschwung steigenden Gewinne von Unternehmen, die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen und die Tarifsteigerungen haben sich positiv auf die Kirchensteuereinnahmen im Erzbistum ausgewirkt, so dass sich in Verbindung mit den Einsparungen aus der in 2005 begonnen Konsolidierung die finanzwirtschaftlichen Daten des Erzbistums Hamburg weiter konsolidieren konnten.

Details dazu können Sie diesem Geschäftsbericht entnehmen, den wir in dieser Form nun zum dritten Mal herausgeben. Der Geschäftsbericht bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Erzbistums Hamburg. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich auf die in getrennten Buchungskreisen geführten Jahresrechnungen des Erzbistums Hamburg sowie des unselbständigen Sondervermögens „Priesterpensionsfonds“.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Dokument nützliche und aufschlussreiche Informationen zu vermitteln. Anregungen Ihrerseits, wie Inhalt und Präsentation der von uns publizierten Berichte noch verbessert werden können, nehmen wir gerne entgegen.

Franz-Peter Spiza
Generalvikar des Erzbistums Hamburg

Wichtige Kennzahlen im Überblick

Geschäftsjahr	2007	2006	2005	2004	2003
Wichtige Kennzahlen im Überblick	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Gesamterträge	94.734,5	88.912,1	83.689,2	79.461,3	79.788,4
davon: Kirchensteuer *	72.533,7	65.391,4	60.174,2	58.609,0	62.928,3
Gesamtaufwendungen	87.191,7	85.822,0	83.912,1	81.417,7	81.905,8
Finanzergebnis	3.643,1	1.899,1	1.659,8	1.821,6	1.885,3
Jahresergebnis	7.543,0	3.090,1	-222,9	-1.956,5	-2.117,5
Pensionsrückstellungen	68.255,6	50.271,5	36.080,3	25.537,3	21.979,1
Eigenkapital	44.764,2	37.221,2	34.131,1	34.354,0	36.310,4 **
davon: Bewertungsrücklage Grundstücke + Gebäude	10.017,9	10.158,0	10.298,7	10.440,0	
davon: Freie Rücklagen	22.586,8	21.112,6	21.298,8	23.232,4	24.547,0
Mitarbeiter (durchschn. Anzahl)	524	517	521	535 ***	569 ***

* KiSt abzgl. Clearing

** Vorjahreszahl im Hinblick auf die Neubewertung der Grundstücke angepasst

*** Vorjahreszahlen im Hinblick auf Diakone mit Zivilberuf und Ordensangehörige angepasst

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fielen 2007 positiv aus; das Bruttoinlandsprodukt wuchs real um 2,5 Prozent, nachdem es 2006 sogar um 2,9 Prozent gestiegen war. Der Aufschwung wurde vor allem vom Export und von den Ausrüstungsinvestitionen getragen, während der private Konsum auf Grund der Mehrwertsteuererhöhung zum 01.01.2007 und den steigenden Inflationserwartungen der wirtschaftlich Agierenden sogar leicht um 0,3 Prozent sank.

Die Sozialversicherungen konnten mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung den Einnahmeanstieg nicht entscheidend nutzen, um ihre Finanzlage zu verbessern. Der Staatshaushalt war erstmals seit 1989 wieder ausgeglichen. Die Staatsquote selber sank geringfügig.

Trotz eines einen neuen Rekordwert erreichenden Euros konnten sich deutsche Unternehmen sehr erfolgreich auf den Weltmärkten behaupten und vom weiteren hohen Wachstum in Teilen Asiens und in den Rohstoffe exportierenden Ländern profitieren. Die Inflationsrate stieg auf Grund weiter anziehender Rohstoff-, Energie- und Lebensmittelpreise mit 2,2 Prozent weiter an (2006: 1,7 Prozent).

Das Leitzinsniveau erhöhte sich in 2007 auf 4,0 Prozent, da die Europäische Zentralbank (EZB) die steigende Inflation auf Grund der steigenden Rohstoff-, Energie- und Lebensmittelpreise durch höhere Zinsen abzuschwächen versucht. Die in 2007 beginnende Finanzkrise führte dabei im 2. Halbjahr 2007 zu einer inversen Zinsstruktur. Am Jahresende 2007 betrug das Renditeniveau für zehnjährige Staatsanleihen in der Eurozone 4,3 Prozent, für Termingelder bis zu einem Jahr waren Renditen von bis zu 5 Prozent erzielbar.

Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die im Jahr 2003 begonnene Konsolidierung wurde konsequent fortgesetzt. Die eingeleiteten strategischen Maßnahmen greifen. Die Risikotragfähigkeit des Erzbistums Hamburg konnte im Jahr 2007 weiter erfolgreich ausgebaut werden. Die Erlös- und Aufwandsrelation hat sich auf 0,92 (Vorjahr: 0,96) deutlich verbessert. Damit befindet sich das Erzbistum Hamburg auf dem durch die mittelfristige Planung definierten Entwicklungspfad und schafft Spielräume für die Herausforderungen der Zukunft um nicht nur reagieren, sondern innovativ die Zukunft mit gestalten zu können.

Diese positive Entwicklung der Jahre 2006 und 2007 kann aus wirtschaftlichen, demographischen und steuerrechtlichen Erwägungen heraus nicht in die Zukunft fortgeschrieben werden.

Die Ergebnisse des Erzbistums Hamburg stellen sich folgendermaßen dar:

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Bilanzgewinn von 3,716 Mio. Euro (Vorjahr: 1,852 Mio. Euro) aus.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2007 erhöhte sich um 20,121 Mio. Euro auf 147,688 Mio. Euro (Vorjahr: 127,565 Mio. Euro).

Erlöse

Die Erträge des Erzbistums Hamburg stehen im Gegensatz zum erwerbswirtschaftlichen Bereich in keiner unmittelbaren Relation zu den erbrachten Leistungen. Nur in geringem Ausmaß werden für erbrachte Leistungen spezielle Entgelte (Gebühren oder Beiträge) erhoben. Die Versorgung mit flüssigen Mitteln wird überwiegend aus kirchenhoheitlichen Erträgen, d.h. aus Kirchensteuermitteln, Finanzausgleichszahlungen und öffentlichen Zuschüssen gespeist.

Die dem Erzbistum Hamburg im Geschäftsjahr 2007 zur Verfügung stehenden Erlöse stiegen um 6,55 Prozent auf 94,734 Mio. Euro (Vorjahr: 88,912 Mio. Euro).

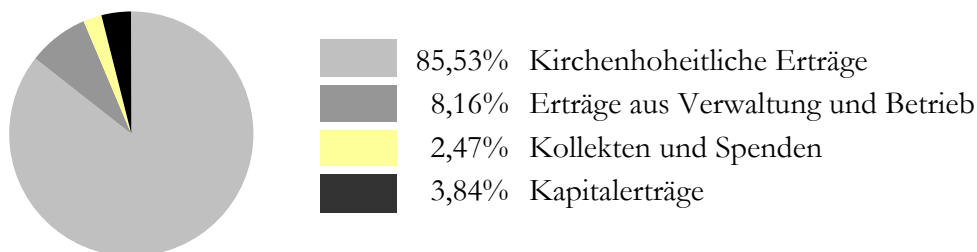
Die wesentlichen Erlösbestandteile des Erzbistums Hamburg entwickelten sich wie folgt:

Die Kirchenhoheitlichen Erträge stiegen um 7,58 Prozent auf 81,023 Mio. Euro (Vorjahr: 75,123 Mio. Euro). Hierbei sind im Wesentlichen die Kirchensteuererträge zu nennen, die sich nach Abzug der interdiözesanen Verrechnung (Clearing-Verfahren) und erstatteter Kirchensteuer um 10,9 Prozent auf 72,533 Mio. Euro (Vorjahr: 65,391 Mio. Euro) erhöht haben.

Die Erträge aus Verwaltung und Betrieb verringerten sich vor allem durch die gegenüber dem Vorjahr geringere Auflösung der Clearing Rückstellung für das Jahr 2003 um 15,4 Prozent auf 7,732 Mio. Euro (Vorjahr: 9,143 Mio. Euro).

Die Erhöhung im Finanzergebnis um 91,8 Prozent auf 3,643 Mio. Euro (Vorjahr: 1,899 Mio. Euro) ist hauptsächlich auf das gestiegene Zinsniveau und dem gestiegenen anzulegenden Vermögen zurückzuführen, wobei es sich um einen Anstieg bei kurzfristigen Terminanlagen handelt. Für Terminanlagen war das Zinsniveau in 2007 günstiger als für festverzinsliche Wertpapiere.

Gesamterlöse nach Erlösarten im Geschäftsjahr 2007



Aufteilung der Kirchenhoheitlichen Erträge nach Ertragsarten

Geschäftsjahr	2007		2006	2005	2004	2003
	TEUR	in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Kirchensteuern *	72.533,7	89,52%	65.391,4	60.103,5	58.634,7	62.878,4
Finanzausgleich VDD	6.366,1	7,88%	7.572,8	7.407,3	8.179,1	8.448,0
Öffentliche Mittel	1.950,0	2,41%	1.996,8	2.014,0	1.625,0	1.566,0
Sonstige kirchenhoheitl. Erträge	173,3	0,19%	162,3			
Summe Kirchenhoheitliche Erträge	81.023,1	100,00%	75.123,3	69.524,7	68.438,7	72.892,4

* verfügbare Kirchensteuern abzgl. KiStErstattungen

Aufwendungen

Die Aufwendungen stiegen um 2,2 Prozent auf 87,19 Mio. Euro (Vorjahr: 85,822 Mio. Euro). Im Verhältnis zu den Erlösen ergab sich eine Aufwands-/Ertragsrelation von 0,92 (Vorjahr: 0,96).

Die wesentlichen Aufwandsarten des Erzbistums Hamburg entwickelten sich wie folgt:

Aufgrund der Personalintensität und Personalbezogenheit kirchlicher Dienste bilden die Personalkosten mit einem Anteil von 51,83 Prozent (Vorjahr: 49,39 Prozent) die bedeutsamste Aufwandsart. Hierunter fallen die Gehälter und Ruhestandsbezüge der Priester und pastoralen Mitarbeiter, der sonstigen Angestellten sowie die gesetzlichen und sonstigen Sozialkosten. Die Aufwendungen beinhalten eine Zuführung in Höhe von 16,178 Mio. Euro (Vorjahr: 13,254 Mio. Euro) zu Pensionsrückstellungen.

Die Transferaufwendungen bilden mit einem Anteil von 34,81 Prozent (Vorjahr: 35,18 Prozent) an den Gesamtaufwendungen den zweitgrößten Kostenblock. Es handelt sich hierbei um nicht rückzahlbare Zuwendungen und Finanzierungszusagen an kirchliche Körperschaften und Einrichtungen.

Aufteilung der Gesamtaufwendungen nach Aufwandsarten (Wirtschaftsplan + Priesterpensionsfonds)

Geschäftsjahr	2007		2006	2005	2004	2003
	TEUR	in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Transferaufwendungen	30.346,3	34,81%	30.003,8	33.712,1	34.406,2	36.972,9
Personalaufwand	45.195,4	51,83%	42.662,8	39.964,9	34.548,2	32.004,5
(davon: Zuführung Pensionsrückstellungen)	(16.178,7)	18,56%	(13.254,6)	(8.822,5)	(1.889,1)	(1.025,0)
Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.204,3	10,56%	9.227,7	7.711,7	7.932,2	7.971,2
Weiterleitung von Kollekten und Spenden	2.139,9	2,45%	2.507,4	2.141,0	2.041,8	2.182,6
Abschreibungen	305,7	0,35%	498,2	346,1	368,6	397,2
	87.191,6	100,00%	84.899,9	83.875,8	79.297,0	79.528,4
Außerordentliche Aufwendungen	0,1	0,00%	922,0	36,3	2.120,8	2.377,5
Gesamtaufwendungen	87.191,7	100,00%	85.821,9	83.912,1	81.417,7	81.905,8

Neben der Analyse der Kostenartenstruktur ist die Zuteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen auf die verschiedenen kirchlichen Dienste und Aufgabenbereiche ein weiteres Element der Steuerung. Die Kostenrechnung ist dabei als kostenbewertende Leistungsrechnung ausgestaltet. Bei der Ermittlung der Kostensätze werden sowohl die direkt zuordenbaren Erlöse verrechnet wie auch die angefallenen Gemeinkosten verursachungsgerecht verteilt. Des Weiteren wird gegenüber den aus der Jahresrechnung abgeleiteten Größen eine zeitliche und sachliche Abgrenzung vorgenommen, d.h. nur die tatsächlich angefallenen Aufwendungen für die ausgewiesenen Dienste und Aufgaben werden als Kostenwerte verwendet. Aufwendungen, die früheren oder zukünftigen Abrechnungsperioden zuzurechnen sind, fließen nicht in die Kostenberechnung ein.

Ab 2007 wird die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen nicht mehr bei den Kosten nach Diensten und Aufgabenbereichen den Kirchengemeinden zugewiesen, sondern entfallen komplett bei der Darstellung der Kostenaufspaltung.

Die differenzierte Aufspaltung der Kosten nach Diensten und Aufgabenbereichen stellt sich dann wie folgt dar:

Kosten nach Diensten und Aufgabenbereichen

Kosten nach Diensten und Aufgabenbereichen	2007		2006		2005	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %	in TEUR	in %
Gottesdienst und seelsorgliche Aufgaben						
Kirchengemeinden	28.261,6	48,71%	41.909,1	58,65%	38.223,6	53,38%
Kategoriale Seelsorge	5.394,6	9,30%	5.312,4	7,43%	5.467,0	7,63%
	33.656,2	58,00%	47.221,4	66,08%	43.690,6	61,01%
Bildungspolitische Aufgaben				0,00%		
Schulwesen	7.806,5	13,45%	8.171,8	11,44%	9.143,6	12,77%
Bildungshäuser, -Werke, -Institute	2.638,0	4,55%	2.497,7	3,50%	3.812,1	5,32%
Ausbildungsstätten	216,3	0,37%	359,4	0,50%	753,3	1,05%
Wissenschaft	131,5	0,23%	244,6	0,34%	403,2	0,56%
	10.792,3	18,60%	11.273,5	15,78%	14.112,2	19,71%
Gesellschaftspolitische Aufgaben				0,00%		
Rundfunk	331,0	0,57%	283,9	0,40%	310,5	0,43%
Medien	413,6	0,71%	397,3	0,56%	397,3	0,55%
Verbandsförderung	107,3	0,18%	123,0	0,17%	122,7	0,17%
	851,9	1,47%	804,2	1,13%	830,5	1,16%
Soziale / Caritative Aufgaben				0,00%		
Caritas	3.617,1	6,23%	3.910,4	5,47%	4.097,4	5,72%
Kindergärten	1.702,7	2,93%	1.998,8	2,80%	2.129,7	2,97%
Beratungsstellen	2.047,9	3,53%	2.047,6	2,87%	2.051,3	2,86%
Hilfsfonds	258,8	0,45%	249,9	0,35%	251,5	0,35%
Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ)	153,9	0,27%	117,2	0,16%	133,3	0,19%
	7.780,4	13,41%	8.323,8	11,65%	8.663,1	12,10%
Über- und außerdiözesane Aufgaben	4.898,3	8,44%	3.808,7	5,33%	4.280,6	5,98%
Weltkirchliche Aufgaben	46,3	0,08%	27,4	0,04%	29,6	0,04%
Kosten (netto)	58.025,4	100,00%	71.459,1	100,00%	71.606,6	100,00%

Jahresergebnis

Dank der gestiegenen Kirchensteuereinnahmen und der Ausgabendisziplin konnte das Jahresergebnis auf 7,543 Mio. Euro (Vorjahr: 3,630 Mio. Euro) gesteigert werden.

Eigenkapital

Auch wenn es an einer gesetzlichen oder kirchenrechtlichen Bestimmung des Begriffs des Eigenkapitals für kirchliche Körperschaften fehlt und auch die im erwerbswirtschaftlichen Bereich geltenden Merkmale zur Definition der gesetzestypischen Eigenfinanzierung nicht greifen, besteht die primäre Funktion des Eigenkapitals darin, die Existenz der kirchlichen Körperschaft abzusichern. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen dem Schutz vor Kapitalentzug und dem Fortbestehen der kirchlichen Körperschaft unterstellt. Wegen des fehlenden unmittelbaren Zusammenhangs zwischen den Erträgen und Aufwendungen führt die Anpassung der Aufwendungen an eine rückläufige Ertragssituation insbesondere auf Grund des hohen Fixkostenanteils und in der Regel langfristiger vertraglicher Verpflichtungen zu einer Zeitdifferenz, die allein durch Existenz eines entsprechenden Kapitalstocks ausgeglichen werden kann.

Angesichts der Unsicherheit in der Ertragsituation ist für das junge Erzbistum Hamburg, das mit 44,764 Mio. Euro (Vorjahr: 37,221 Mio. Euro) nur über eine geringe Kapitalausstattung verfügt, die kontinuierliche Entwicklung des Eigenkapitals von besonderer Bedeutung. Nicht nur für die Unterlegung von operationalen Risiken, sondern insbesondere zur Stärkung der Eigenfinanzierungskraft muss das Erzbistum Hamburg künftig zusätzliches Eigenkapital vorhalten. Die Zielsetzung der Kapitalstärkung durch entsprechende Dotierung der Freien Rücklagen konnte im Geschäftsjahr 2007 wegen des ausgewiesenen Bilanzgewinnes vorgenommen werden, wobei wir bis zum geplanten Zieleigenkapital noch eine weite Strecke zurückzulegen haben. Die Deckungslücke bis zum Zieleigenkapital beläuft sich noch auf 55 Prozent.

Risiken der künftigen Entwicklung

Wir verweisen auf den Risikobericht.

Ausblick

Die wirtschaftliche Stabilisierung des Erzbistums Hamburg wird sich auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes 2008 fortsetzen, auch wenn sich das Wirtschaftswachstum in 2008 auf Grund der sich ausweitenden Finanz- und Vertrauenskrise abschwächen oder sogar stagnieren könnte. Für das Jahr 2008 wird nach den Eckdaten des Wirtschaftsplanes 2008 das Jahresergebnis rund 2,893 Mio. Euro betragen. Dieses Ergebnis und die darin enthaltenen langfristig angelegten Projekte wie Förderung von Energiesparmaßnahmen und Bereitstellung von Geldern zur Unterstützung von Schulgründungsinitiativen in Schleswig-Holstein machen deutlich, dass die im Jahr 2004 verabschiedeten Maßnahmen zur wirtschaftlichen Konsolidierung und Restrukturierung im Erzbistum Hamburg greifen und dem Erzbistum in wirtschaftlich stabilen Jahren neue Gestaltungsspielräume für die Zukunft ermöglichen.

Risikobericht

Instrumente des Risikomanagements

Kirchliche Rechtspersonen, die ihre Risiken nicht angemessen bewirtschaften und überwachen, werden finanzielle Verluste erleiden. Wenn dafür keine Vorsorge getroffen wird, nimmt nicht nur das Vermögen der Kirche Schaden, sondern den künftigen Generationen wird die Chance genommen, Kirche unter den Bedingungen ihrer Zeit zu gestalten.

Neben den vorhandenen Controllinginstrumenten, die ständig weiterentwickelt werden, wurde im Erzbistum Hamburg eine Systematik entwickelt, um gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und ihnen entgegen zu steuern. Die Auswertungen aus dieser Risikoinventur wurden im Berichtsjahr erheblich erweitert. Neben der Risikoinventur werden verschiedene Instrumente des Finanz- und Risikocontrollings aufgebaut. Die Risikobeurteilung setzt bei der Planung und Kontrolle des verfügbaren Budgets an. Das Finanzierungsrisiko wird anhand finanzmathematischer Modelle bewertet, welche die kritische Aufwandshöhe bzw. das maximal zur Verfügung stehende Gesamtbudget unter Berücksichtigung der Eigenkapitalstruktur berechnen. Die Gegenüberstellung des berechneten Wertes zum tatsächlichen Ausgabeverhalten ist Indikator für die Beurteilung des Entwicklungspotentials bzw. die Risikobeurteilung des aktuellen Tätigkeitsprofils. Mittels entsprechender Stresstests wird darüber hinaus verprobt, ob für dieses Szenario die Sicherheitsmittel des Erzbistums Hamburg ausreichen.

In diesem Sinne stellt sich die Risikosituation des Erzbistums Hamburg wie folgt dar:

Finanzierungsrisiko

Die Kirchensteuer ist quantitativ die bedeutendste Einnahmequelle des Erzbistums Hamburg. In Abhängigkeit der prognostizierten und tatsächlichen Zuwachsraten des Kirchensteueraufkommens erwachsen für das Erzbistum Hamburg erhebliche Risiken, die sich bei einem Rückgang der Zuwachsraten bzw. bei einem absoluten Rückgang des Kirchensteueraufkommens nicht kurzfristig durch Strukturanpassungen ausgleichen lassen. Angesichts der längerfristigen ökonomischen, demographischen und steuerpolitischen Entwicklungstendenzen muss davon ausgegangen werden, dass der Anteil der Kirchensteuer an den Erträgen zurückgehen wird. Diese Entwicklung lässt sich dabei nicht auf einzelne Einflussfaktoren zurückführen. Die Kirchensteuerentwicklung hängt von einem relativ breiten Spektrum von Faktoren, die überwiegend nicht von den kirchlichen Rechtspersonen beeinflusst werden können, ab. Die Faktoren wirken nicht sprunghaft, sondern sukzessiv; unter Umständen können sie sich bei einem gleichzeitigen Wirksamwerden massiv auf die Finanzierungsstruktur und Erlössituation der kirchlichen Rechtspersonen auswirken.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, die Änderungen des Steuersystems und die Beschäftigungsentwicklung sind Einflussfaktoren der Kirchensteuerentwicklung. Diese von der Bundesregierung durch staatliche Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik vorgegebene Entwicklung zwingt die Kirchen zu einer äußerst sorgfältigen und aufmerksamen Verfolgung der Gesetzgebungsverfahren und -initiativen, der konjunkturellen und wirtschaftlichen Entwicklung mit Reflexion der Konsequenzen für die kirchlichen Rechtspersonen.

Noch schwerwiegendere Risiken und unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Kirchensteuereinnahmen ergeben sich für die kirchlichen Rechtspersonen aus der rückläufigen Entwicklung der Mitgliederzahl und der Veränderung der Mitgliederstruktur.

Die Zahl der Katholiken in Deutschland nimmt kontinuierlich ab; sie hat sich seit 1990 um knapp 2,27 Millionen bzw. 8 Prozent verringert.¹ Kirchnaustritte sind dabei nur eine Ursache neben der veränderten Altersstruktur der deutschen Gesellschaft, dem so genannten „Geburtendefizit“², und den Bevölkerungsbewegungen durch Zu- und Abwanderungen. Es wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung bis 2050

¹ Vgl. „Katholische Kirche in Deutschland – Statistische Daten 2004, Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2006, S. 7

² Das „Geburtendefizit“ ergibt sich aus der Tatsache, dass von den relativ wenig Neugeborenen in Deutschland viele nicht getauft werden. Zudem versterben mehr Mitglieder als durch Taufen neu hinzukommen. Vgl. hierzu: „Katholische Kirche in Deutschland – Statistische Daten 2004, a.a.O., S. 8

um ca. 10 Prozent auf 75 Mio. Einwohner zurückgehen wird. In der Altersstruktur kam es erstmals in 2006 zu dem Verlauf, dass die Altersgruppe der 25-65 jährigen rückläufig ist. Den einzig steigenden Verlauf gibt es bei der Altersgruppe ab 65. Diese negativen demographischen Tendenzen werden auch durch eine leicht ansteigende Erwerbsquote von Frauen und älteren Personen nur leicht abgemildert. Mögliche Wanderungsgewinne in Hamburg werden durch Bevölkerungsrückgänge in Schleswig-Holstein und Mecklenburg den Abwärtstrend nur mindern können.

Die Sicherung der so genannten Eigenwirtschaftlichkeit, die nur kurzfristig durch strukturierte und umfassende Kostenoptimierungen verbessert werden kann, gewinnt vor dem Hintergrund zukünftiger rückläufiger kirchenhoheitlicher Erträge zunehmend an Bedeutung. Der gezielte Aufbau entsprechender finanzieller Ressourcen und die Erhöhung der Kapitalerträge werden damit zu wesentlichen Bestandteilen der künftigen Finanzierungskonzeption; sie sind Voraussetzung für eine angemessene Wachstumsfinanzierung und langfristige Sicherung der Existenz der kirchlichen Rechtsperson. Wirtschaftlich starke Jahre müssen dann dazu genutzt werden, entsprechende Ressourcen aufzubauen.

Die Eigenkapitalquote des Erzbistums Hamburg liegt bei 30,31 Prozent (Vorjahr: 29,13 Prozent). Die Zielsetzung der Kapitalstärkung durch entsprechende Dotierung der Freien Rücklagen konnte im Geschäftsjahr 2007 umgesetzt werden.

Operationelles Risiko

Die Kostenstruktur des Erzbistums Hamburg zeigt eine starke Ausprägung beschäftigungsabhängiger Kosten, die nur zu einem marginalen Prozentsatz variable Kostenanteile haben. Die Kosten sind zudem progressiv, d.h. sie wachsen schneller als die Erlöse aus Kirchensteuern, öffentlichen Zuschüssen und Leistungsentgelten. Der große Anteil scheinbar fixer Kosten ist darauf zurückzuführen, dass die Bereitstellung der Ressourcen auf vertraglicher Basis geregelt ist. Bei den Kosten kirchlicher Rechtspersonen dominieren neben den Transferaufwendungen die Personalkosten, die unterjährig kaum veränderbar sind. Gleiches gilt für die aufgrund der Sachanlageintensität kirchlicher Leistungen anfallenden Kosten, zu denen Fremdkapitalzinsen, Abschreibungen, Energiekosten, Mieten, Versicherungen etc. zählen. Die Ressourcen gewährleisten die Kapazität zur Durchführung der kirchlichen Aufgaben. Schwankungen in der Nachfrage bzw. der Inanspruchnahme kirchlicher Dienste im Verlauf einer Periode wirken sich nicht auf die kurzfristigen Ausgaben für die Bereitstellung der Ressourcen aus.

Zunehmender wirtschaftlicher Druck, der Rückgang der geistlichen Berufungen und Mitarbeiter im pastoralen Bereich sowie ein verändertes Nachfrageverhalten zwingen uns zu einer kostenbewussten Steuerung und zu einer konsequenten Kapazitätsorientierung. Unter zunehmendem Kostendruck stellen sich infolgedessen vermehrt strukturelle Fragen. Neben den verstärkt auftretenden Bemühungen einer Verschlan-
kung der administrativen Aktivitäten, gilt dies vor allem für die Bestimmung des Leistungsangebotes. Eng damit verbunden ist die Frage, wie die für eine bestimmte Aufgabe notwendigen Ressourcen zu dimensionieren sind. Durch die für 2009 geplante Umstellung des Tarifvertrages für die Mitarbeiter im Erzbistum Hamburg auf einen an den TVöD angelegten Tarifvertrag ist davon auszugehen, dass sich die Personalkosten ab 2009 im oberen einstelligen Prozentbereich erhöhen werden und die Personalaufwandsquote trotz aller Restrukturierungsmaßnahmen weiter ansteigen wird.

Wegen der Dominanz infrastruktureller, fixkostenintensiver Leistungen überwiegen damit Entscheidungen über die Beibehaltung bzw. den Abbau von Kapazitäten die Kostenentwicklung.

Förderungsrisiko

Die organisatorische und auch die rechtliche Selbständigkeit der Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen innerhalb des Erzbistums Hamburg ist insbesondere wegen der Art des innerdiözesanen Finanzausgleichs nicht notwendigerweise mit einer wirtschaftlichen Unabhängigkeit verbunden. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis der Kirchengemeinden und abhängig finanzierten Einrichtungen. Diese erfahren immer dann unmittelbar die Auswirkungen der rückläufigen Kirchensteuerentwicklung, wenn die Zuweisungen aus Kirchensteuermitteln entsprechend gekürzt werden (müssen). Diese Veränderungen zwingen auch die Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen, ihre Strukturen der veränderten Situ-

ation anzupassen. In Abhängigkeit der wirtschaftlichen Lage der kirchlichen Rechtspersonen kann dies dazu führen, dass die Forderungen des Erzbistums Hamburg, insbesondere solche aus gegebenen Darlehen, aus Lieferung und Leistung (bspw. Auftragsbesoldung) sowie aus dem sonstigen Verrechnungs- und Finanzverkehr, nicht zeitnah bzw. gar nicht mehr geltend gemacht werden können. Bislang sind diese Risiken nicht mit entsprechenden Sicherheitsmitteln hinterlegt.

Verbindlichkeitsrisiko

Die Absicherung bestehender Verbindlichkeiten sowie die Gewährung des angemessenen Unterhalts des Klerus und anderer Kirchenbediensteter durch Bildung eines Sondervermögens oder entsprechender Rückstellungen stellt ein Formalziel in der Finanzierungskonzeption kirchlicher Rechtspersonen dar. In Abhängigkeit von der Fristigkeit der bestehenden Auszahlungsverpflichtungen ergeben sich daraus kurzfristige oder langfristige Solvabilitätsrisiken, sofern weder ausreichende Kapitaldeckung, noch die Einhaltung der Fristenkongruenz bei der Kapitalanlage beachtet wurden.

Die Entwicklung der Pensionsrückstellungen im Erzbistum Hamburg macht deutlich, dass dank der guten Kirchensteuerjahre 2006 und 2007 ein entsprechender Kapitalsstocks aufgebaut und ein 100 Prozent Deckungsgrad der Pensionsverpflichtungen des Erzbistums Hamburg erreicht werden konnte.

Entwicklung der Pensionsrückstellungen

Geschäftsjahr	2007	2006	2005	2004	2003
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Priester	63.572,1	46.484,5	33.272,3	22.804,5	20.380,0
Beamte	773,5	770,0	1.050,0	1.460,9	639,1
Haushälterinnen	2.700,0	1.754,0	536,3	461,1	388,1
Altershilfe	230,0	236,0	571,7	571,7	571,7
SeelsorgehelferIn	600,0	630,0			
Sonstige	380,0	397,0	650,0	650,0	0,0
Gesamt	68.255,6	50.271,5	36.080,3	25.948,2	21.978,9

Verbindlichkeits- und Liquiditätsrisiken ergeben sich für das Erzbistum Hamburg aus dem Clearingverfahren. Die nach dem so genannten Betriebsstättenprinzip einbehaltene Lohnkirchensteuer führt zu hohen Erstattungs- und Zahlungsverpflichtungen gegenüber anderen Diözesen, da die Kirchensteuer der Diözese zusteht, in deren Bereich der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat. Grundlage für die Ermittlung und Erfüllung der Erstattungs- bzw. Ausgleichsansprüche ist die von allen Diözesen und Landeskirchen beschlossene „Richtlinie zur Verrechnung der Kirchenlohnsteueranteile zwischen den Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland“. Die Ausgleichszahlungen werden vom Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) aufgrund von Auswertungen der statistischen Landesämter bzw. der Oberfinanzdirektionen berechnet. Um diese Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen zu können, werden derzeit 61 Prozent des Lohnkirchensteueraufkommens in Hamburg einbehalten.³ Der Unterschiedsbetrag zwischen den regelmäßigen Ausgleichszahlungen an den VDD wird den Clearingrückstellungen zugeführt. Da die Clearingabrechnung rückwirkend mit wenigstens drei Jahren Verzögerung erfolgt, ergeben sich hohe Unsicherheiten hinsichtlich zukünftiger Zahlungsverpflichtungen und der Angemessenheit der Höhe der Rückstellungen.

Außerbilanzielle Risiken (Bürgschaften)

Die Höhe der Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften) lag zum Schluss des Geschäftsjahres 2007 bei Mio. 1,395 Euro (Vorjahr: 1,699 Mio. Euro). In der überwiegenden Zahl der Fälle wurden so genannten „Nutzungsbürgschaften“ gegeben.

³ Das Lohnkirchensteueraufkommen des Erzbistums Hamburg in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bleibt dabei unberücksichtigt.

Prognosebericht

Mit den dekretierten Maßnahmen zur Konsolidierung und Restrukturierung im Erzbistum Hamburg werden folgende Ziele verfolgt:

- Die Senkung der regelmäßigen Ausgaben, um sowohl angesichts konjunkturell bedingter Einnahmeschwankungen wie auch angesichts systembedingter Ausgabesteigerungen eine wirtschaftliche Sicherheit - ohne den Zugriff auf Rücklagen - zu erlangen,
- die planmäßige Bildung hinreichender Rücklagen und Rückstellungen, um damit die zukünftigen Verpflichtungen abzusichern und eine Entlastung des jährlichen Wirtschaftsplanes durchzuführen sowie
- die Wiedergewinnung von Handlungsspielräumen.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklungen auf den Finanz- und Kapitalmärkten spielen eine entscheidende Rolle für den Verlauf der Konsolidierung. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland war so hoch wie lange nicht. Alle Anzeichen sprechen heute dafür, dass auch im Blick auf die Kirchensteuer mit einer Abschwächung zu rechnen ist, die in den zukünftigen Planungen zu berücksichtigen ist. Die für 2009 verabschiedete Einführung der Abgeltungssteuer ist mit Ihren Auswirkungen auf die Kirchensteuereinnahmen schwer prognostizierbar. Es besteht innerhalb der Kirchen Einigkeit darüber, dass sich die Abgeltungssteuer erstmals negativ auf die Kirchensteuereinnahmen auswirken wird.

Die mittel- und langfristige Entwicklung der Erlöse hängt maßgeblich von der künftig im Erzbistum Hamburg lebenden Anzahl der Mitglieder sowie der Mitgliederstruktur ab. Angesichts der gegebenen Altersstruktur der Katholiken im Erzbistum Hamburg wird der prozentuale Rückgang der Katholikenzahlen deutlich stärker ausfallen als der prozentuale Rückgang der Bevölkerung insgesamt. Aus diesem Grunde kann die aktuelle Entwicklung mittelfristig nicht die Auswirkungen der strukturellen Mitgliederentwicklung überlagern. Im Erzbistum Hamburg gilt deshalb bei den Prognosen hinsichtlich der Steuereinnahmen ein besonderes Vorsichtsprinzip. Dieses muss sich darin niederschlagen, dass außergewöhnliche Erlöse ausschließlich für die planmäßige Absicherung bestehender Verbindlichkeits- und Liquiditätsrisiken verwendet werden. Andererseits darf es nicht zu einer gestaltungsverhindernden Ausrichtung der Planungen führen.

Es zeichnet sich ab, dass die dem Erzbistum Hamburg aus der Sonderumlage Ost der katholischen Diözesen Deutschland zufließenden Mittel sukzessive bis zum Jahre 2018 von in 2007 im Saldo 4,7 Mio. Euro auf 0 zurückgehen werden. Diese fehlenden Mittel müssen durch entsprechende Maßnahmen dem zeitlichen Verlauf entsprechend ausgeglichen werden.

Der Wirtschaftsplan 2008 des Erzbistums Hamburg weist erstmals Zuweisungen für Energiesparmaßnahmen aus, die zu Kosteneinsparungen in der Zukunft führen und sich so positiv in der Zukunft auswirken werden.

Konsolidierungsbemühungen und die institutionellen Rahmenbedingungen beeinflussen sich wechselseitig. Die Verlässlichkeit und Eindeutigkeit des Reformprogramms spielt eine wichtige Rolle. Der angestrebte Konsolidierungserfolg ist letztlich nur dann zu erreichen, wenn die Ausgewogenheit der einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen gewahrt wird und kein situatives Umsteuern erfolgt, da dieses neben der Wirksamkeit der Konsolidierungsmaßnahmen insgesamt die Akzeptanz der nach wie vor notwendigen Konsolidierung gefährdet.

Die Herausforderung der nächsten Jahre liegt aber nicht nur darin, das wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen, sondern das schöpferische Potenzial für die Gestaltung der Zukunft zu wahren bzw. aufzubauen. Das Pastoralgespräch ist 2007 zu Ende gegangen, doch die Pastoral im Bistum noch lange nicht am Ziel. Das war das Fazit von Erzbischof Dr. Werner Thissen am offiziellen Abschlussstag des Pastoralgesprächs.

Organe der Vermögensverwaltung

Diözesanvermögensverwaltungsrat

In jeder Diözese ist nach c. 492 CIC ein Rat für wirtschaftliche Angelegenheiten, auch als Vermögensverwaltungsrat bezeichnet, einzusetzen. Der Vermögensverwaltungsrat besteht mindestens aus drei wirtschaftlich und juristisch kompetenten Gläubigen, die vom Diözesanbischof ernannt werden. Vorsitzender des Vermögensverwaltungsrates ist der Generalvikar; ferner gehören dem Organ der Finanzdirektor und der Justitiar an. Die Mitglieder werden für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt und können nach Ablauf dieser Zeit jeweils für weitere fünf Jahre berufen werden. Zu den Aufgaben des Vermögensverwaltungsrates gehört nach c. 493 CIC insbesondere die jährliche Aufstellung der Planungsrechnung für das kommende Wirtschaftsjahr; die Aufstellung des Wirtschaftsplanes erfolgt auf Weisung des Diözesanbischofs und umfasst die gesamte Leitung der Diözese. Die Genehmigung und Prüfung der Jahresrechnung der Diözese gehört ebenso zu den Aufgaben des Verwaltungsrates wie auch nach c. 1287 § 1 CIC die Prüfung der Jahresrechnungen derjenigen öffentlichen juristischen Personen, die der Leitungsgewalt des Diözesanbischofs unterstehen. Außerdem besitzt der Vermögensverwaltungsrat bei bestimmten Akten der diözesanen Vermögensverwaltung Zustimmungs- und Anhörungsrechte.⁴

Mitglieder des Diözesanvermögensverwaltungsrates

Generalvikar Franz-Peter Spiza, Vorsitzender
Dr. Andreas Gent
Dr. Ludwig Linder
Hubert Maus
Hans-Heinrich Schäfer
Prof. Dr. Vincenz Timmermann
Dr. Claudia Leimkühler, Finanzdirektorin, mit beratender Stimme
Karl-Heinz Schmiemann, Justitiar, mit beratender Stimme

⁴ Vgl. Satzung vom 30. April 1998 (in Kraft ab 1. Juni 1998; Kirchliches Amtsblatt für die Erzdiözese Hamburg, Bd. 4, Nr. 10, Art 153, S. 145 f., vom 15. November 1998; zuletzt geändert am 31.05.2003, Kirchliches Amtsblatt für die Erzdiözese Hamburg, Bd. 9, Nr. 7, Art 75, S. 96 f. vom 15. Juni 2003)

Kirchensteuerrat

Neben dem Vermögensverwaltungsrat besteht der Kirchensteuerrat als ursprünglich staatlich gefordertes Vertretungsorgan. Der Kirchensteuerrat besteht aus neun Mitgliedern, die gemäß Wahlordnung in Wahlbezirken durch die Kirchenvorstände gewählt werden (ausgenommen Geistliche); je einem vom Priesteramt und vom Diözesanpastoralrat entsandten Mitglied; bis zu drei weiteren Mitglieder, die der Erzbischof beruft; die Leiter der Regionalabteilungen / Erzbischöflichen Ämter als beratende Mitglieder. Die Amtszeit des Kirchensteuerrates beginnt mit der konstituierenden Sitzung und dauert vier Jahre. Die originäre Aufgabe des Kirchensteuerrates liegt in der Beschlussfassung über die Kirchensteuerordnung und den Kirchensteuerhebesatz in sachverständiger Beurteilung des notwendigen Finanzbedarfs der Diözese. In Anlehnung an diese Aufgabenstellung wurde dem Kirchensteuerrat auch die Beratung und Beschlussfassung über die jährliche Planungsrechnung übertragen.⁵

Mitglieder des Kirchensteuerrates

Geborene Mitglieder:

Generalvikar Franz-Peter Spiza, Vorsitzender
Dr. Claudia Leimkühler, Finanzdirektorin

Gewählte Mitglieder:

Claus Baerbaum (3. Wahlperiode)
Thomas Czech (3. Wahlperiode)
Olaf Johannsen (3. Wahlperiode)
Hanns-Thomas Lenzen (3. Wahlperiode)
Hans-Heinrich Schäfer (3. Wahlperiode)
Ulrich Schöneberg (3. Wahlperiode)
Klaus Diederichs
Hubert Maus
Dr. Arno Probst
Christa Arendt (4. Wahlperiode)
Manfred Bruhn (4. Wahlperiode)
Katharina Kaufmann (4. Wahlperiode)
Dieter Lügering (4. Wahlperiode)
Christoph Rolfs (4. Wahlperiode)
Jörn Sniehotta (4. Wahlperiode)

Entsandte Mitglieder:

Albert Geusen-Rühle (3. Wahlperiode)
Dechant Anspar Thim (3. Wahlperiode)
Bernd Einfalt, (4. Wahlperiode)
Dechant Peter Wohs, (4. Wahlperiode)

Beratende Mitglieder:

Bernd Duhn, Leiter Abteilung Kirchengemeinden

Ständiger Gast:

Manfred Nielen, Pressereferent

⁵ Vgl. Satzung vom 3. Februar 1998 (mit Wirkung ab 1. Januar 1998; Kirchliches Amtsblatt für die Erzdiözese Hamburg, Bd. 4, Nr. 2 Ar. 28, S. 21 i.V.m. Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt vom 15. Februar 1998)

Anhang

Entwicklung der Kirchensteuer

Geschäftsjahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
KiLSt	80.678,1	81.668,2	80.714,7	83.818,1	86.780,3	89.293,6	93.474,9	91.950,7	94.041,3	88.421,7	85.709,4	88.428,5	93.161,5
KiESt	7.381,0	7.381,0	7.071,9	7.106,9	9.212,4	11.411,7	11.393,6	10.627,8	10.053,3	8.948,3	10.994,6	14.689,1	19.323,2
Gesamt KiSt	88.059,0	89.049,2	87.786,5	90.924,9	95.992,7	100.705,3	104.868,5	102.578,5	104.094,6	97.370,0	96.704,0	103.117,6	112.484,7
Abweichung		1,1%	-1,4%	3,6%	5,6%	4,9%	4,1%	-2,2%	1,5%	-6,5%	-0,7%	6,6%	0,3%
abzgl. Clearing	-31.694,4	-32.630,2	-32.099,8	-31.591,8	-33.728,0	-35.310,0	-38.359,2	-37.503,2	-40.166,3	-37.761,0	-36.529,9	-37.726,2	-39.951,0
CRQuote	62,0%	62,0%	62,0%	59,0%	59,0%	59,0%	59,0%	59,0%	61,0%	61,0%	61,0%	61,0%	61,0%
Anpassung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-511,3	-1.300,0	-1.000,0	-1.000,0	0,0	0,0	0,0
Clearing gesamt	-31.694,4	-32.630,2	-32.099,8	-31.591,8	-33.728,0	-35.310,0	-38.870,5	-38.803,2	-41.166,3	-38.761,0	-36.529,9	-37.726,2	-39.951,0
effektive KiSt	56.364,7	56.419,0	55.686,7	59.333,1	62.264,6	65.395,3	65.998,0	63.775,4	62.928,3	58.609,0	60.174,2	65.391,4	72.533,7